

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses
am Freitag, dem 06.10.2017, im Großen Ausschussszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:38 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Bericht zur Haushaltssituation 2017	344/2017 6
3.	Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für den Bau des Rad-/Gehweges an der K 18 Gröblingen-Sassenberg K 51	320/2017 7
4.	Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für den Neubau der Südumgehung Telgte	339/2017 8
5.	Erweiterung des Sanierungsprogramms 2015-2017 an den Caritas-Förderschulen Heinrich-Tellen-Schule und Vinzenz-von-Paul-Schule	321/2017 9
6.	Sachstand zum Forderungsmanagement des Kreises Warendorf	346/2017 10
7.	Entsendung von Arbeitnehmervertretern in die Aufsichtsräte der RVM GmbH und WLE GmbH gem. § 108 a GO NRW	341/2017 11
8.	Erhöhung Stammkapital und Änderung Gesellschaftsvertrag AWG kommunal	351/2017 12

- | | | | |
|------------|---|-----------------|-----------|
| 9. | Trichinenuntersuchungsgebühr - Präventive Maßnahmen gegen die afrikanische Schweinepest | 343/2017 | 13 |
| 10. | Bericht über die Entwicklung der Ausländerbehörde in Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik | 348/2017 | 14 |
| . | <u>II. Nichtöffentlicher Teil</u> | | |
| 1. | Flughafen Münster Osnabrück GmbH; Anteilskäufe an der FMO Passenger-Services-GmbH (FPSG) | 352/2017 | |

Anlagen

- | | |
|----------|--|
| Anlage 1 | Präsentation TOP 2 Bericht zur Haushaltssituation 2017 |
| Anlage 2 | Antrag der CDU-Kreistagsfraktion |
| Anlage 3 | TOP 3 Ergänzung |
| Anlage 4 | Präsentation TOP 6 Sachstand Forderungsmanagement |
| Anlage 5 | Präsentation TOP 8 Erhöhung Stammkapital und Änderung Gesellschaftsvertrag AWG kommunal |
| Anlage 6 | Präsentation TOP 10 Entwicklung der Ausländerbehörde in Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik |

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Budde, Heinrich	
Drestomark, Bernhard	
Fleiter, Albert	
Gutsche, Guido	Vertretung für Herrn Franz-Josef Busch- kamp
Kaup, Winfried	bis 09:20 Uhr (TOP 2)
Kleene-Erke, Andrea	
Kozler, Thomas	
Kreft, Peter	
Menke, Hans-Ulrich	
Möllmann, Rolf	
Multermann, Joachim	ab 09:10 Uhr
Pries, Wilhelm	
Schmedding, Josef	ab 9:20 Uhr (TOP 2), Vertretung für Herrn Winfried Kaup
Schulze Westhoff, Stephan	
Tegelkämper, Paul	Vertretung für Herrn Bernhard Kleibold
Thiel, Joachim	Vertretung für Herrn Ulrich Schlösser
Westerwalbesloh, Florian	
von der Verwaltung	
Funke, Stefan Dr.	
Kleier, Ulrike	
Knoche, Fabienne	
Rehers, Carsten	
Schmedt, Carsten	
Schreier, Petra	
Westermann, Luke	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Buschkamp, Franz-Josef
Hermans, Pia
Kleibolde, Bernhard
Schlösser, Ulrich
Schulte, Stephan

Herr Kreft eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit der Einladung vom 25.09.2017 form- und fristgerecht einberufen worden ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Auf Nachfrage von Herrn Kreft meldet sich kein Einwohner zu Wort.

2. Bericht zur Haushaltssituation 2017**344/2017**

Herr Dr. Funke geht anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und Anlage der Niederschrift ist (**Anlage 1**), auf die wesentlichen Erkenntnisse des Finanzstatusberichtes zum 01.08.2017 ein.

Die Verwaltung rechnet zum Stichtag des Berichtes noch mit einer Ergebnisverbesserung von rd. 2,8 Mio. € und damit mit einem Jahresüberschuss von rd. 1,7 Mio. €. Damit scheint eine Rücklagenentnahme entbehrlich.

Des Weiteren geht Herr Dr. Funke auf weitere Verbesserungen nach dem Stichtag i. H. v. rd. 278 T€ beim Unterhaltsvorschuss ein. Durch diese Verbesserung steigt das voraussichtliche Jahresergebnis auf rd. +2,0 Mio. €.

Während der Diskussion erkundigt sich Herr Thiel nach dem aktuellen Stand der Antragsbearbeitung beim Unterhaltsvorschuss. Hier erklärt Herr Dr. Funke, dass er im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien nachfragt (hierzu nochmal unter TOP 6).

Herr Möllmann betont, dass der Kreis vorsichtig im Hinblick auf die Eigenkapitallage wirtschaften sollte. Des Weiteren nimmt er die aktuelle Entwicklung bei den Bedarfsgemeinschaften gerne zur Kenntnis und bittet um eine realistische Planung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt stellt die CDU-Kreistagsfraktion den schriftlichen Antrag, auf die Darlehensneuaufnahme in 2017 zu verzichten und die erforderlichen Mittel aus dem laufenden Kassenbestand zu entnehmen (**Anlage 2**). Der Antrag wird von Herrn Gutsche mündlich erläutert. Herr Dr. Funke führt aus, dass aufgrund der positiven Liquiditätsentwicklung eine Inanspruchnahme der Kreditermächtigung zum derzeitigen Zeitpunkt wohl entbehrlich sei und dies zu einem weiteren Schuldenabbau führen würde.

Nach kurzer Diskussion erklärt Herr Gutsche, dass der Antrag als Anregung verstanden werden könne. Herr Dr. Funke erläutert, dass er diese Anregung umsetzen werde.

Der Finanzausschuss nimmt den Finanzstatusbericht **zur Kenntnis**.

3.	Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln für den Bau des Rad-/Gehweges an der K 18 Gröblingen-Sassenberg K 51	320/2017
-----------	---	-----------------

Für diesen Tagesordnungspunkt hat die Verwaltung eine Tischvorlage erstellt (**Anlage 3**) aus welcher der notwendige Betrag, sowie deren Deckung tabellarisch hervorgehen.

Frau Kleene-Erke fragt, ob die Maßnahme 15.66.007 K19/1 Radweg Everswinkel II. BA nicht mehr umgesetzt wird, da die dafür eingeplanten Mittel zur Deckung der überplanmäßigen Haushaltsmittel herangezogen werden sollen. Aus ihrer Sicht, ist die Fertigstellung des Radweges aus Gründen der Verkehrssicherheit notwendig.

Herr Rehers schließt sich dieser Meinung an. Es gebe noch Klärungsbedarf bei den entsprechenden Grundstückserwerben. Aus diesem Grund werde der Radweg in diesem Jahr nicht mehr gebaut; die Umsetzung der Maßnahme soll aber schnellstmöglich erfolgen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt der Bereitstellung von überplanmäßigen Mitteln in Höhe von 430.000 € im Teilfinanzplan Produktgruppe Straßenbau und –unterhaltung Investitions-Nr. 13.66.001 K 18 Radweg Gröblingen-Sassenberg K 51 gem. 83 Abs.2 GO NRW zu.

Die Deckung der Mittelbereitstellung erfolgt durch Einsparung bei der Maßnahme Investitions-Nr. 15.66.007 K 19/1 Radweg Everswinkel, II. BA

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 16 Nein 0

4.	Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln für den Neubau der Südumgehung Telgte	339/2017
-----------	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt der Bereitstellung von erheblichen außerplanmäßigen Mitteln in Höhe von 930.000 € im Teilfinanzierungsplan Produktgruppe Straßenbau und -unterhaltung Investitions-Nr. 11.66.001 „Neubau der Südumgehung Telgte“ gem. § 83 Abs. 2 GO NRW zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

5.	Erweiterung des Sanierungsprogramms 2015-2017 an den Caritas-Förderschulen Heinrich-Tellen-Schule und Vinzenz-von-Paul-Schule	321/2017
----	--	-----------------

Der Finanzausschuss nimmt die Erweiterung des Sanierungsprogramms 2015-2017 an den Caritas-Förderschulen Heinrich-Tellen-Schule und Vinzenz-von-Paul-Schule **zur Kenntnis.**

6.	Sachstand zum Forderungsmanagement des Kreises Warendorf	346/2017
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Funke informiert über den Sachstand zum Forderungsmanagement anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und als **Anlage 4** der Niederschrift beigefügt ist. Er betont, dass die Entwicklung weiterhin positiv ist.

Gleichzeitig schlägt Herr Dr. Funke vor, den Berichtszeitpunkt zukünftig zu verlagern, sodass der Sachstand zum Forderungsmanagement mit dem jeweiligen Jahresabschluss in der Mai-Sitzung vorgestellt wird. Weiter erklärt er, dass aufgrund einer Landesinitiative die Rückholung der Unterhaltsvorschussleistungen vermutlich zukünftig ab Mitte 2019 auf eine Landesbehörde übertragen wird.

Herr Thiel erkundigt sich nochmals (bereits TOP 2) nach dem Stand der Umsetzung des geänderten Unterhaltsvorschussgesetzes. Herr Dr. Funke versichert, dass die Verwaltung im Kreisausschuss hierzu berichten wird.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

7.	Entsendung von Arbeitnehmervertretern in die Aufsichtsräte der RVM GmbH und WLE GmbH gem. § 108 a GO NRW	341/2017
-----------	---	-----------------

Frau Kleier erläutert den Sachverhalt und die Hintergründe zum Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag des Kreises Warendorf bestellt gem. § 108 a Abs. 3 GO NRW aus der als Anlage 1 anliegenden gewählten Vorschlagsliste der Beschäftigten der Regionalverkehr Münsterland GmbH die Arbeitnehmervertreter gem. Ziffern 1 – 7 in den Aufsichtsrat der Regionalverkehr Münsterland GmbH.
2. Für den Fall des Ausscheidens eines bestellten Arbeitnehmervertreters aus dem Aufsichtsrat der Regionalverkehr Münsterland GmbH bestellt der Kreistag des Kreises Warendorf bereits jetzt gem. § 108a Abs. 8 GO NRW aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der gewählten Vorschlagsliste (Anlage 1) als Nachfolger die Arbeitnehmervertreter gem. Ziffern 8 – 14 in der Reihenfolge der am meisten erhaltenen Stimmen.
3. Der Kreistag des Warendorf bestellt gem. § 108 a Abs. 3 GO NRW aus der als Anlage 2 anliegenden gewählten Vorschlagsliste der Beschäftigten der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH die Arbeitnehmervertreter gem. Ziffern 1 – 7 in den Aufsichtsrat der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH
4. Für den Fall des Ausscheidens eines bestellten Arbeitnehmervertreters aus dem Aufsichtsrat der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH bestellt der Kreistag des Kreises Warendorf bereits jetzt gem. § 108a Abs. 8 GO NRW aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Teil der gewählten Vorschlagsliste (Anlage 2) als Nachfolger die Arbeitnehmervertreter gem. Ziffern 8 – 14 in der Reihenfolge der am meisten erhaltenen Stimmen.
5. Der Geschäftsführer der Westfälischen Landes-Eisenbahn GmbH und der Regionalverkehr Münsterland GmbH wird angewiesen, die für den Aufsichtsrat bestellten Arbeitnehmervertreter über ihre Wahl zu informieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

8.	Erhöhung Stammkapital und Änderung Gesellschaftsvertrag AWG kommunal	351/2017
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Funke erklärt anhand der Tischvorlage (**Anlage 5**) den Sachverhalt.

Beschlussvorschlag:

- 1) Der Kreistag stimmt einer Kapitalerhöhung bei der AWG kommunal um 225.000 € auf 250.000 € aus Eigenmitteln zu. Die Gesellschaft trägt die Kosten der Kapitalerhöhung.
- 2) Der Kreistag stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der AWG kommunal auf Basis des beiliegenden Entwurfs (Anlage 1), ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zu.

Die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung werden beauftragt, den Änderungen des Gesellschaftsvertrages auf Basis des beiliegenden Entwurfs (Anlage 1), ggf. mit noch erforderlichen redaktionellen Änderungen, zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

9.	Trichinenuntersuchungsgebühr - Präventive Maßnahmen gegen die afrikanische Schweinepest	343/2017
-----------	--	-----------------

Frau Schreier erläutert die Beschlussvorlage und stellt die große Bedeutung der Schweinehaltung für den Kreis Warendorf heraus.

Beschlussvorschlag:

Die Satzung des Kreises Warendorf über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleisch- und Geflügelfleischhygiene vom 29.09.2007 wird geändert.

In § 6 (Gebühren für Trichinenuntersuchungen) wird folgender neuer Absatz eingefügt:

Für die Trichinenuntersuchung von Wildschweinen bis zu einem Schlachtgewicht von 20 kg, die im Kreis Warendorf untersucht wurden, wird auf die Gebühr nach Absatz 1 bis zum 31.03.2020 verzichtet.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 14 Nein 2 Enthaltung 0

10.	Bericht über die Entwicklung der Ausländerbehörde in Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik	348/2017
------------	--	-----------------

Der Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang auf das Schreiben des Kreisflüchtlingsrates hin. Als Zuhörer waren einige Vertreterinnen der Flüchtlingsorganisationen im Finanzausschuss anwesend.

Der Vorsitzende stellt auf Nachfrage fest, dass den Vertreterinnen der Flüchtlingsorganisationen gemäß der Geschäftsordnung kein Rederecht im Finanzausschuss zusteht. Um den Anwesenden die Möglichkeit einer Äußerung zu geben, stellt Herr Thiel den Antrag, die Sitzung nach der Präsentation der Verwaltung zu unterbrechen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 15 Nein 1 Enthaltung 0

Frau Schreier und Herr Schmedt berichten anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt (**Anlage 6**), über die aktuelle Situation in der Ausländerbehörde im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik. Während des Vortrages werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet. Gleichzeitig gehen die Vortragenden auch auf die derzeitigen Regelungen zum Familiennachzug ein und erklären, dass dieser Familiennachzug für die subsidiär Schutzberechtigten bis März 2018 ausgesetzt wurde und abgewartet werden muss, ob diese Aussetzung verlängert wird. Frau Schreier betont, dass sie dankbar für die Anregungen der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Flüchtlingsbetreuung.

Die Sitzung wird um 10.59 Uhr aufgrund des Antrages unterbrochen und um 11:13 Uhr fortgesetzt.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht über die Entwicklung der Ausländerbehörde **zur Kenntnis**.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Kreft um 11.38 Uhr die Sitzung

gez.
Peter Kreft
Vorsitz

gez.
Dr. Stefan Funke
Schriftführer